



GEMEINDE
MUTTERS

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche

4. SITZUNG DES GEMEINDERATES AM 15. September 2020

im Bürgersaal der Gemeinde Mutters

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:02 Uhr

Zuhörer: 5 Personen

Presse: ---

Anwesend:

„Wir Mutterer“ mit Bürgermeister Hansjörg PEER

Bürgermeister Hansjörg Peer
DI Michael Saischek, MSc
Angelika Zais
Mag. Florian Graiff
Claudia Hackhofer (*in Vertretung für Ing. Roland Fleißner*)

Vizebürgermeister Gregor Reitmair
Sabine Jäger
Florian Wanker
Mag. Robert Schmutzer

„Mutters Aktiv“

Maria Stern, MSc
Romed Eberl

Gebhard Muigg

„Die Grünen Mutters“

Elisabeth Kunwald (*in Vertretung für Dr. Johannes Fritz*)

„MuttersPLUS“

Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber
Mag. Reinhard Huber

Entschuldigt:

Ing. Roland Fleißner, Dr. Johannes Fritz

Schriftführer:

Martin Hahn

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;
2. Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 aus der Sitzung vom 21. Juli 2020;
3. Muttereralp Bergbahnen Errichtungs GmbH – Status Quo;
4. Beratung und Beschlussfassung: Erlassung und Auflage eines Bebauungsplanes für eine Teilfläche der Gp. 153 KG Mutters; Birgit Peer;
5. Beratung und Beschlussfassung: Antrag auf Verzicht der Vorkaufsrechte Sport Spezial GmbH, Gewerbepark Mutters - Gärberbach 11;
6. Beratung und Beschlussfassung: Ausstattung Musikschule „Leben am Kirchplatz“ sowie Honorarnote DI Raimund Rainer;
7. Beratung und Beschlussfassung: Vergaberichtlinien Projekt „Leben am Kirchplatz“;
8. Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Baurechtslaufzeit Projekt „Leben am Kirchplatz“ NHT;
9. Beratung und Beschlussfassung: Freistellungserklärung Kanal Nockhof;
10. Beratung und Beschlussfassung: Klagseinbringung betreffend Freistellungserklärung im Zusammenhang mit der lastenfreien Abschreibung des Grundstückes für das JUFA-Hotel;
11. Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Übertragungs- und Aufsandungsurkunde für die Gp. 762/27 KG Mutters;
12. GGAG Mutters: Beratung und Beschlussfassung: Klagseinbringung betreffend Freistellungserklärung im Zusammenhang mit der lastenfreien Abschreibung des Grundstückes für das JUFA-Hotel;
13. GGAG Mutters: Bericht der Substanzverwaltung;
14. GGAG Mutters und Kreith: Beratung und Beschlussfassung: Vorgehensweise betreffend Ausschreibung Jagdpacht;
15. GGAG Kreith: Bericht der Substanzverwaltung;
16. Bericht des Bürgermeisters;
17. Anträge, Anfragen und Allfälliges;

TOP 1.) Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit;

Der Bürgermeister hält fest, dass alle zur Verfügung stehenden Unterlagen fristgerecht an die Mandatare übermittelt wurden.

Die Tagesordnungspunkte 10, 11 und 12 werden von der Tagesordnung genommen, zumal kein Handlungsbedarf mehr besteht.

TOP 2.) Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 der Sitzung vom 21. Juli 2020;

Die Niederschrift Nr. 3 wird **genehmigt** und **unterfertigt**.

TOP 3.) Muttereralp Bergbahnen Errichtungs GmbH- Status Quo;

Dieser Tagesordnungspunkt wurde urlaubsbedingt von der Julisitzung auf heute verschoben. Karin Seiler-Lall und Stefan Klotz werden den derzeitigen Stand darstellen.

Stefan Klotz: Letztes Jahr hatte die Muttereralmbahn einen Umsatz von über 3 Millionen Euro (Steigerung um eine halbe Million Euro in den letzten 3 Jahren). Die Personalkosten wurden reduziert und optimiert. Optische Verbesserungen wurden durchgeführt (Talstationen gestrichen etc.). Der Sommer war sehr gut – teilweise ist man an die Kapazitätsgrenzen gestoßen. Bei den Mountain Carts gab es ein Plus von 5 %. Auch heuer wird man wieder einen Umsatz von über 3 Millionen Euro erreichen. Er berichtet über die Biker. Die Darlehen können nicht komplett bedient werden, die Anteilseigner müssen Zuschüsse leisten. Langfristig ist diese Situation schwierig. Man hat im Geschäftsjahr 2018/2019 einen 5 Jahres Plan erstellt. In der nächsten Zeit kommen sehr hohe Kosten für die Instandhaltung auf die Bahn zu. Wie geht es weiter? Ein Weiterbetrieb mit Zuschüssen, ein Verkauf oder die Insolvenz (Worstcase-Szenario) sind die Möglichkeiten.

Karin Seiler-Lall: Aktueller Stand Verkauf: Warum hat man sich für den Verkauf entschieden? Der TVB ist Mehrheitseigentümer. Es ist nicht die Aufgabe des TVB eine Bergbahn zu führen. Man wollte anfangs „die Braut schmücken“ und dann verkaufen, was aber nicht wie gehofft funktioniert hat. Das Wintergeschäft ist positiv, ohne der Götzner Bahn wäre es besser. Im Sommer ist die Bahn nicht wirtschaftlich führbar. Andere Bahnen machen so viel im Winter, dass der Sommer zu vernachlässigen ist. In Mutters ist das nicht so, deshalb war man im Minus. Überlegungen haben dann in Richtung „Bike-Park“ geführt. 70 % der Bahn-Benutzer sind Freizeitticket-Fahrer. Es folgten Gespräche mit der Stadt, was vorerst auch funktioniert hat, um den Bike-Park fertig zu stellen. Der Sommer ist somit erstmals operativ positiv (Lob an den Stefan Klotz). Die nächsten Jahre werden durch anfallende Revisionskosten etc. sehr schwierig. Die Bahn steht jetzt so da, dass man ein realistisches Angebot bekommen kann. Der Verkauf läuft über eine ausländische, externe Firma (Bergbahnspezialist), man will auch internationale Anbieter. Man wird die Bahn nicht verschenken und somit hat man auch einen Mindestpreis festgelegt. Es gibt drei konkrete Interessenten (1x aus Österreich, 2x aus dem Ausland). Bis Ende September sind diese aufgefordert, ein Kaufangebot zu legen. Die konkreten Angebote werden dann in der Gesellschaftersitzung besprochen. Die Gesellschafter haben ein offenes Verkaufsverfahren gewählt. Man muss somit nicht an den

Bestbieter verkaufen und kann sich die Bedingungen und andere wichtige Komponenten ansehen. Die Kosten eines Zusammenschlusses mit der Axamer Lizum sind in der jetzigen Situation nicht finanzierbar. Diese Investition rechnet sich zudem auch nicht. Außerdem sind 70-80 % der Benutzer Freizeitticket-Fahrer, was sich natürlich sehr stark auswirkt. Die Interessenten haben auch schon eine Forderungsliste vorgelegt (Dienstbarkeiten, Wasserkosten müssen auf einem angemessenen Niveau sein, damit die Bahn wirtschaftlich geführt werden kann). Das Hotel und der Bike-Park wurden natürlich auch mit einberechnet, trotzdem wäre man künftig immer von Zuschüssen abhängig. Wenn die Angebote zu niedrig sind und die Forderungen zu hoch sind, wird man auch nicht verkaufen, da man nicht verkaufen muss.

DI Michael Saischek, MSc: Der TVB will verkaufen, ob dann alle Anteilnehmer verkaufen, ist ein anderes Thema. „Das muss jeder für sich selber entscheiden.“ Einen Abbau der Bahn oder von Teilen davon will man nicht. Fakt ist: Jeder Gemeinderat soll für sich überlegen, will man verkaufen, oder nicht.

Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber: Wie hat man die Ausschreibung gemacht? Sind 100 % zum Verkauf angeboten?

Man hat die Eigentümerverhältnisse dargelegt. Es gibt zwei Varianten: Entschuldet oder nicht entschuldet. Die Käufer wissen Bescheid, dass es noch nicht klar ist, wieviel Prozent sie erhalten werden. Interessenten haben gefragt, ob sie beide Bahnen weiterführen müssen (inkl. Götzens) und es wurde angeregt, dass gewisse Kosten (Wasser etc.) bei einem Kauf zugesichert werden.

Sabine Jäger: Götzens ist defizitär, Mutters bringt Gewinn. Ihrer Meinung nach muss man die Bahn als Gesamtes sehen.

Es würde lt. Stefan Klotz auch ohne Götzner Bahn funktionieren und er nennt die Beispiele Oberperfuss und Patscherkofel. Der Bürgermeister stellt klar, dass man die Götzner Bahn weiterführen möchte. Und auch einen möglichen Zusammenschluß mit der Axamer Lizum.

DI Michael Saischek, MSc: Sollte jemand die Bedingung stellen, die Götzner Bahn abzubauen, muss man sich überlegen, ob man die Bahn nicht selbst behält. Er nennt weitere Faktoren, die vom möglichen Käufer erfüllt werden müssen.

Gregor Reitmair: Die Verbindung Axamer Lizum ist für den TVB gestorben. Er spricht über den Zusammenschluß mögliche weitere Vorgehensweisen. Lt. TVB rechnet sich der Zusammenschluß anhand der derzeitigen Zahlen (Verhältnis Freizeitticket/Gäste) nicht.

Gebhard Muigg: Was ist beim Verkauf dabei? Nur die Bahn oder auch der Parkplatz etc.?

Es sind alle Nutzungsrechte dabei, so wie sie jetzt geführt wird.

Kann der Käufer die Bahn auch nach kurzer Zeit abbauen?

Eine Auflage ist, wenn der Bike-Park von heute auf morgen geschlossen wird, fallen Kosten in Höhe von mehreren Millionen Euro an (u.a. TVB, Stadt, Crankworx).

Mag. Florian Graiff: Betriebsfortführung (abgesehen vom Bike-Park): Ist ein Abbau der Götzner Bahn möglich?

Man kann keine Auflagen machen für eine Betriebsweiterführung.

Maria Stern, MSc: Wie sieht der weitere Zeitplan aus?

Es wird in diesem Jahr einen Abschluss geben (Frist bis Ende Dezember). Dann werden die Gesellschafter zur Entscheidung gebeten. Sobald diese etwas beschlossen haben, wird es sehr schnell gehen.

Wer definiert den Mindestbetrag für den Verkauf?

Diese Zahl wird vom TVB nicht genannt, es wurde ein Betrag definiert.

Bürgermeister Hansjörg Peer sagt, dass es mehrere Varianten gibt (entschuldet, nicht entschuldet etc.), somit hängt der Betrag von sehr vielen weiteren Faktoren ab. Die Schulden betragen derzeit 4,5 Mio. plus Bike-Park mit € 800.000,00.

Mag. Reinhard Huber: Was geschieht mit der Wintersaison 20/21?

Dieser wird lt. TVB weitergeführt, aber danach wird bzw. muss man weitersehen. Die Bahn muss entschuldet werden. Momentan kann die Bahn so nicht weitergeführt werden. Investitionen sind derzeit nicht möglich. Potential ist aber noch da (verschiedene Ausbauten im Kinderbereich etc.).

Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber: Der TVB macht sich das seiner Meinung nach sehr einfach. Dass die Bahn keine großen Gewinne abwirft, war von Anfang an klar. Nun, da Investitionen etc. anstehen, möchte man sich verabschieden und die Anteile verkaufen.

DI Michael Saischek stimmt dieser Wortmeldung zu. Man möchte seiner Meinung nach nicht um jeden Preis verkaufen, er sieht den Verkauf grundsätzlich kritisch, mit dem vorgegebenen Zeithorizont und anderen offenen Details. Er wird für diese/seine Meinung auch immer kritisiert. Maria Stern fand die Aussage von Klaus Hilber auch wichtig.

TOP 4.) Behandlung und Beschlussfassung: Erlassung und Auflage eines Bebauungsplanes für Teilflächen der Gp. 153 und 152 KG 81120 Mutters; Birgit Peer Burgstall;

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 16. Juni 2020 einstimmig den Bebauungsplan und die Auflage des selbigen für eine Teilfläche der Gp. 153 KG Mutters beschlossen. Im Zuge der Prüfung der Baueinreichung durch unser Bauamt wurde ersichtlich, dass die Höhenangabe im Bebauungsplan zu jenen der Vermessungsurkunde differiert. Der beschlossene Bebauungsplan weist einen höchsten Gebäudepunkt von 820,2 Meter aus. Dieser Wert wurde von DI Andreas Lotz falsch eingetragen. Im nunmehr übermittelten Bebauungsplan wurde die richtige Höhe mit 823,20 Meter eingetragen.

Mutters wie auch der Gemeinde Mutters im Baurechtsvertrag fixiert. In der letzten Sitzung hat der Gemeinderat bereits zugunsten der Firma TSG GmbH verzichtet.

Antrag: Der Bürgermeister stellt den Antrag, dass die Gemeinde Mutters wie auch die Gemeindegutsagrargemeinschaft Mutters (als Eigentümerin der EZ 631 KG Mutters) die Zustimmung zur Löschung der im Baurechtsvertrag verankerten Vorkaufsrechte für die Anteile der Sport Spezial GmbH erteilt.

BESCHLUSSFASSUNG: EINSTIMMIG JA

TOP 6) Beratung und Beschlussfassung: Ausstattung Musikschule „Leben Am Kirchplatz“ sowie Honorarnote DI Raimund Rainer;

Bereits jetzt müssen die Weichen für die Einrichtung der Musikschule erfolgen. Das betrifft die Akustische Ausbildung, Audio, das Licht, die Netzwerkausstattung und vieles mehr. Hierzu kam es schon zu mehreren Sitzungen, bei welchen neben dem Büro Raimund Rainer auch der Direktor der Musikschule anwesend waren. Die übermittelten Unterlagen stellen den Ausfluß der vielen Besprechungen und Verhandlungen dar. Alle Wünsche konnten aus Kostengründen nicht mitgetragen werden, dennoch hat man einen Konsens gefunden. Es wurde auch darauf Bedacht genommen, dass zB eine Gemeinderatssitzung im Vortragsraum stattfinden könnte. Gestern hat uns DI Raimund Rainer informiert, dass die an den Gemeinderat übermittelte Kostenaufstellung im Bereich der Elektrotechnik auf Basis einer Schätzung angeführt wurde. Seit gestern liegen die exakten Kosten vor. Die Kosten für Elektrotechnik, inkl. Licht, Audio und Video liegen bei € 42.000,00 somit erhöht sich der Gesamtkostenblock um € 20.000,00. Bis dato haben wir Zusagen über ca. € 77.000,00 für die Abdeckung der Einrichtungskosten. Ich habe die zuständige Landesrätin Beate Palfrader kontaktiert. Ich gehe davon aus, dass auch aus dieser Seite noch Mittel fließen werden.

Elisabeth Kunwald: Wie kommt man zu den Zahlen? Stehen die ausführenden Firmen bereits fest? Wurde eine Ausschreibung gemacht? Es handelt sich lt. dem Bürgermeister um Kostenschätzungen. Die Vorgabe seitens der Gemeinde ist, dass die einheimischen Firmen angeschrieben werden müssen.

DI Michael Saischek, MSc: Er kritisiert die entstandenen Mehrkosten und die damit verbundene Kostenkalkulation.

Gregor Reitmair: Er kritisiert auch die gestiegenen Planungskosten, welche durch die höheren Einrichtungskosten entstehen. Für die Zukunft schlägt er eine Obergrenze/Deckelung vor. Stattdessen sollte es seiner Meinung nach ein Erfolgshonorar für Einsparungen geben. Der Bürgermeister fragt, welchen Betrag er als Deckelung vorschlagen würde. Gregor Reitmair beziffert diesen mit € 10.000,00. Viele Architekten haben den prozentuellen Anteil lt. Maria Stern, MSc auch nicht mehr. Die Abrechnung erfolgt nicht mehr zur Gänze im Jahr 2020.

DI Michael Saischek, MSc: Er spricht sich auch für eine Deckelung aus und eine vorherige Vereinbarung für künftige Vorhaben.

Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber: Spricht sich auch für eine Deckelung aus. Er lobt den Bürgermeister für sein Engagement in diesem Punkt.

Antrag: Der Bürgermeister stellt den Antrag, dem vorliegenden Angebot für die Planung, Einrichtung und Bauaufsicht für die Räumlichkeiten der Musikschule im Projekt „Leben am Kirchplatz“, dies sind ca. € 122.000,00 netto für die Einrichtung, sowie pauschal € 10.000,00 netto für die Leistungen des Planungsbüros die Zustimmung zu erteilen.

BESCHLUSSFASSUNG: **14 JA**
 1 ENTHALTUNG (Elisabeth Kunwald)

TOP 7) Weitere Vorgehensweise: Vergaberichtlinien Projekt „Leben am Kirchplatz“;

Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am letzten Dienstag damit befasst. Der Obmann DI

Michael Saischek, MSc berichtet:

Die Richtlinien vom Land Tirol sind möglichst zu befolgen, es gibt aber Spielraum. Bei der Ausschuss-Sitzung hat man diese vorerst besprochen und durchgerechnet. Man muss sich überlegen, was man als Gemeinde will. Bei Härtefällen kann der Ausschuss von Fall zu Fall entscheiden. Er spricht die festgelegten, niedrigen Einkommensgrenzen an und möchte im Auftrag des Ausschusses den Gemeinderat fragen, was der Gemeinderat will bzw. wer soll eine Wohnung bekommen?

DI Michael Saischek, MSc erläutert einzelne Vergabekriterien (Jahre Hauptwohnsitz, Staatsangehörigkeit, Wohnbedarf, aktuelle Wohnsituation etc.) und das Punktesystem. Es gibt Wohnungen mit 35 m² aufwärts. Die errechneten Beispiele zeigen, dass man regulierend eingreifen kann. Soll man bei den Einkommensgrenzen auf das Niveau der Wohnbauförderung gehen und beim Mietzins in Richtung 50 % der üblichen Wohnkosten in Mutters? Viele Faktoren müssen berücksichtigt werden (Befristungen der Mietverträge, eine neuerliche Bewertung nach Ablauf dieser Frist etc.). Wer darf welche Wohnung aussuchen? Vorstufe für das betreute Wohnen.

Maria Stern, MSc: Sie findet es wichtig, dass junge Leute die Starterwohnungen erhalten, keine Pensionisten (außer in Ausnahmefällen).

Mag. Florian Graiff: Er schließt sich dieser Meinung an.

Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber: Man sollte so objektiv wie möglich beurteilen, unabhängig von Ausnahmen, ansonsten ist keine Linie mehr ersichtlich. Der Name sollte der Vergabekommission nicht bekannt sein (versehen mit einer Nummer), das dient der Objektivität. Was hat das Land Tirol für einen Vorschlag bezüglich der Einkommensgrenzen? Man muss die Wohnbauförderungsgrenzen einhalten lt. DI Michael Saischek, MSc. Die Neue Heimat empfiehlt, dass man sich an den Leitfaden vom Land Tirol orientiert lt. Bürgermeister Hansjörg Peer. Den Check der Einkommensgrenzen macht lt. Hansjörg Peer bei solchen Projekten die Wohnbauförderung. In unserem Fall muss ein Jahreslohnzettel vorgelegt werden. Lt. Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber könnte die Vergabe auch extern erfolgen und nicht durch den Gemeinderat oder einen Ausschuss. Er würde die Einkommensgrenze nicht zu niedrig ansetzen. DI Michael Saischek, MSc ist der Meinung, dass sich ein Pensionisten-

Ehepaar mit einem Einkommen von z.B. gesamt € 3.500,00 auch eine Wohnung am freien Markt leisten kann.

Elisabeth Kunwald: Eine Durchmischung von jung und alt findet sie optimal. Personen sollen bevorzugt werden, die kein Eigentum haben.

Sabine Jäger: Starter-Wohnungen können auch für ältere Menschen sein (junge Pensionisten, Ehescheidung etc.). Sie hätte gerne eine Mischung zwischen jung und alt.

Maria Stern, MSc: Das Haus wäre lt. ihr voller Pensionisten, wenn man nach dem Punktesystem vom Land vorgeht. Deshalb wäre es wichtig, sich hier und heute zu positionieren.

Konsens: Man sollte die Einkommensgrenzen erhöhen, Richtung Wohnbauförderungsrichtlinien-Grenze. So könnte man jüngere Menschen besser positionieren. Aussuchen kann der, der die höheren Punkte hat. Man wird die genannten Punkte im Ausschuss berücksichtigen und dem Gemeinderat das Ergebnis vorlegen.

TOP 8) Beratung und Beschlussfassung: Änderung der Baurechtslaufzeit Projekt „Leben am Kirchplatz“;

Bei der Umsetzung des Projektes „Leben am Kirchplatz“ wurde immer Bedacht genommen, dass die Leistbarkeit im Vordergrund steht. Dies war eine klare Vorgabe der Gemeinde. Dennoch hat man versucht, den Baurechtsvertrag auf 50 Jahre zu bestellen. Es war von Anfang an klar, dass dies ein schwieriges Unterfangen sein wird. Nach der Ausschreibung und der Vergabe war klar, dass dies nicht zu halten sein wird. Um weiterhin die soziale Komponente im Auge zu behalten, müsste die Laufzeit des Baurechtsvertrages von derzeit 50 Jahren auf 67 Jahre verlängert werden. Der Vorschlag der WIR MUTTERER lautet, dass man sich bei 9 Jahren treffen sollte. Somit gibt es nur eine geringe Erhöhung der Mietkosten.

DI Michael Saischek, MSc: Die Gemeinde hätte nichts davon. Es wäre seitens der Gemeinde grob fahrlässig, den Baurechtsvertrag um 17 Jahre zu verlängern und er begründet seine Aussage.

Maria Stern, MSc: Sie findet 17 Jahre auch zu lang. Bisher wurde immer mit 50 Jahren gerechnet.

Gregor Reitmair: Er vermutet eine Fehlkalkulation der Neuen Heimat. Die Einsparung der Gemeinde wäre sehr gering.

Antrag: Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Laufzeit des Baurechtsvertrages für das Projekt „Leben am Kirchplatz“ keine Verlängerung zu erteilen.

BESCHLUSSFASSUNG:

14 JA

1 ENTHALTUNG (Bürgermeister Hansjörg Peer)

TOP 9) Beratung und Beschlussfassung: Freistellungserklärung Kanal Nockhof;

Für die Abschreibung der Gp. 762/27 aus der großen Parzelle 762/1 zur Errichtung des Hotelbetriebes für die JUFA mußten Freistellungserklärungen gezeichnet werden. Auf der großen Parzelle 762/1 ist auch das Recht für die Errichtung und Durchleitung für den Nockhofkanal verbüchert. Dies betrifft die neu zu bildende Parzelle 762/27 nicht.

Antrag: Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Freistellungserklärung für die Errichtung, Betrieb und Instandhaltung des Nockhof-Kanals auf der Gp. 762/1 für die Errichtung des Grundbuchskörpers Gp. 762/27 die Zustimmung zu erteilen.

BESCHLUSSFASSUNG: **14 JA**
 1 ENTHALTUNG (Elisabeth Kunwald)

TOP 10, 11 und 12 wurden von der Tagesordnung gestrichen (siehe TOP 1).

TOP 13) GGAG Mutters: Bericht des Substanzverwalters;

- Almsommer ist sehr gut verlaufen, keine Schäden sind zu beklagen. Erfreulicherweise wollte man heuer wieder einen Almabtrieb organisieren, dieser ist wie vieles andere Corona zum Opfer gefallen. Gebhard Muigg lobt den Hirten und berichtet über die Tätigkeiten während des Sommers. Bürgermeister Hansjörg Peer lobt die derzeitige Vorgehensweise.
- Im Zuge der Sperre des Muttererweges wurde die Chance genutzt, das hiebreife Holz u entfernen. Ca. 600 efm wurden geschlägert und dem Bestbieter verkauft. Das dort vorherrschende Holz (Kiefer) hat einen Wert von knapp € 36,00 je efm, die Kosten für die Schlägerung liegen bei € 31,00 je efm.
- Wege / Unwetter: die Unwetter der letzten Wochen haben der Wegestruktur in allen Bereichen sehr stark zu gesetzt. In diesem Zusammenhang ein großer Dank der FF Mutters und der FF Kreith, welche tatkräftig mit einer großen Anzahl an Helfern zur Seite standen, um die Schäden einzudämmen. Die Gemeindearbeiter sind sehr stark eingespannt, um Wege wieder in Stand zu setzen.

TOP 14) GGAG Mutters und Kreith: Beratung und Beschlussfassung: Vorgehensweise betreffend Ausschreibung Jagdpacht;

Im Jahr 2021 gelangen die Pachten für die Jagden der GGAG Mutters und GGAG Kreith neu zu vergeben. Die derzeitigen Langzeitpächter haben sehr viel Geld in die Hand genommen, um den reibungslosen, und aus jagdlicher Sicht perfekten Zustand herbeizuführen. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Substanzverwaltung, Waldaufsicht und Pächter ist eine sehr gute. Beide Pächter haben um Verlängerung der Pacht angesucht, und dies auch argumentiert. Aus rechtlicher Sicht kann die Pacht ohne Ausschreibung verlängert werden, wenn sich nicht wesentliche Teile des Vertrages ändern. Dies wären z.B. Flächenvergrößerung oder Verkleinerungen, Pachtzins. Würden wir die Vertragsparameter so beibehalten, so könnte der Vertrag ohne Ausschreibung um bis zu 10 Jahre verlängert werden.

Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber: Er wäre für eine Verlängerung um 5 Jahre und fragt nach den ortsüblichen Pachtpreisen. Bürgermeister Hansjörg Peer erläutert die Situation.

Maria Stern, MSc: Sie spricht einige Faktoren des heurigen Jahres an. Unter diesen Voraussetzungen spricht lt. ihr nichts dagegen.

Sämtliche Listen des Gemeinderates sprechen sich für die vorgetragene Vorgangsweise aus.

Antrag: Der Bürgermeister stellt den Antrag, auf die Ausschreibung zu verzichten, man spricht mit den derzeitigen Pächtern von Mutters und Kreith, indexiert die Pacht und verlängert die Pacht um jeweils 5 Jahre;

BESCHLUSSFASSUNG: EINSTIMMIG JA

TOP 15) GGAG Kreith: Bericht des Substanzverwalters

- Rodung für Wohnbauprojekt
- Almsommer ist sehr gut verlaufen, keine Schäden sind zu beklagen. Erfreulicherweise wollte man heuer wieder einen Almatrieb organisieren, dieser ist wie vieles andere Corona zum Opfer gefallen.

Maria Stern, MSc: Sie spricht das Parkproblem der Besucher der Kreither Alm an. Was kann man hier machen? Eventuell einen Parkautomat? In diesem Fall sind lt. Bürgermeister Hansjörg Peer einige Auflagen zu erfüllen. Gregor Reitmair macht den Vorschlag, die Parkfläche Richtung Berg zu vergrößern. Verschiedene Varianten werden vom Bürgermeister geprüft.

DI Michael Saischek, MSc: In Kreith wird man sich für die Zukunft in finanzieller Hinsicht sowieso etwas überlegen müssen.

Mag. Florian Graiff:

Bericht Kassaprüfung GGAG Mutters: Es gab eine Vermögensminderung von € 75.000,00 im ersten Halbjahr. Ein Großteil davon sind auf den Bagger (€ 40.000,00) und diverse Anwaltskosten zurückzuführen. Ansonsten ist alles wie gehabt (Baurecht Gewerbepark und Servitut der Bergbahnen sind die größten Einnahmequellen).

Bericht Kassaprüfung GGAG Kreith: Die Kreither Alm Pacht ist mittlerweile eingegangen, wurde aber bei der Prüfung noch nicht berücksichtigt. Es gab einen Vermögenszuwachs in Höhe von € 103.000,00. Sein Vorschlag: Beim Darlehen € 35.000,00 rückzuführen. Man hat derzeit über € 70.000,00 auf dem Konto. Der Bürgermeister stellt die Frage an den Gemeinderat, ob man mit dieser Vorgangsweise einverstanden ist. **Abstimmung: Einstimmig JA.**

Die land- und forstwirtschaftlichen Ausgaben werden erläutert. Die Belege sind alle sauber und nachvollziehbar. Der Bürgermeister dankt Mag. Florian Graiff und Werner Seiwald.

TOP 16) Bericht des Bürgermeisters;

- Anzeige Recyclinghof: Susanne Singer hat mehrere Schreiben an die ATM gerichtet, und dabei auf Missstände am Recyclinghof Mutters hingewiesen. In diesem Schreiben ging sie nicht zimperlich um. Zitat vom Schreiben 23. Juli 2020: *Bzgl. Personal sagten Sie, dass Qualifizierung nötig ist. - In Mutters wird ausgerechnet der Mitarbeiter eingesetzt, der intellektuell etwas eingeschränkt ist. (Er besitzt aber die vollen Bürgerrechte.) Als Außenseiter in der Dorfgemeinschaft möchte er nirgends anecken, damit er nicht noch mehr diskriminiert, verachtet und ausgelacht wird. Zum Teil traut er sich nicht, Leute zu rügen, um nicht noch mehr ausgeschlossen zu werden, bzw. hören viele einfach nicht auf ihn. Der Arbeiter ist sehr zu bedauern. Die beiden anderen Gemeindearbeiter sind seltenst anzutreffen.*

Als Arbeitgeber der betroffenen Personen wird Frau Singer aufgefordert, sich bei den Mitarbeitern persönlich zu entschuldigen, zumal diese Aussagen eine große Diffamierung darstellen. Aufgrund der Anzeige von Susanne Singer kam es auch zu einem Lokalaugenschein mit Verhandlungsleitung. Die Abteilungen Abfall- und Wasserwirtschaft im Amt der Tiroler Landesregierung führten die Verhandlung ab.

Stellungnahme des Amtssachverständigen: *Anlässlich des heutigen Lokalaugenscheines konnte festgestellt werden, dass der Recyclinghof in einem ordentlichen und sauberen Zustand ist. Der laufende Betrieb erfolgt entsprechend den Vorgaben und Richtlinien für derartige Anlagen. Seitens des abfalltechnischen Amtssachverständigen wird heute festgestellt, dass außer Nicht-Eisen-Metallen (Espressokapseln) nur jene Abfallarten übernommen werden, für die die Gemeinden im Rahmen ihrer Sammlungs- und Übernahmepflicht berechtigt sind. Dies wären zum Beispiel die Wertstoffe wie Papier, Kartonagen, Altmittel, Altglas usw. Weiters wird seitens der Gemeinde angedacht, im Rahmen mit der Kooperation mit den umliegenden Gemeinden und des Planungsverbandes 18 und dem Recyclinghof Götzens eine Sammelstelle für Elektronikaltgeräte einzurichten. Dies wird zum Anlass genommen ein abfalltechnisches Gutachten, welches den derzeitigen Stand entspricht, abzugeben und der Behörde im elektronischen Weg zu übermitteln. Abschließend darf noch angemerkt werden, dass der Gemeinde angeraten wird, Richtung Osten entlang der Hangkante einen ca. 50-100cm hohen Wall zu schütten, um ein Abstürzen zu verhindern. Es ist ohnehin wieder notwendig, die entstandenen Setzungen auszugleichen und im Rahmen dieser Arbeiten wird dieser Wall geschüttet. Somit darf von meiner Seite aus abfalltechnischer Sicht angemerkt werden, dass der Recyclinghof sauber und ordentlich geführt wird und daher für überprüft erklärt werden kann.*

Der positive Bescheid für den weiteren Betrieb, und der Erweiterung um diverse Fraktionen wurde per Bescheid Ende August der Gemeinde Mutters erteilt.

Bürgermeister Hansjörg Peer: Eine veränderte Ausfahrtssituation wurde vom Sachverständigen vorgeschlagen: Richtung Schrebergärten, eine Skizze wurde angefertigt.

Gregor Reitmair: Somit hatte diese Prüfung auch etwas Positives.

Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber: Das Schreiben der Susanne Singer ist nicht im Namen seiner Liste versendet worden, sondern als Privatperson und Anrainerin. Er steht inhaltlich zum Schreiben der Susanne Singer, was auch viele Fotos der Vergangenheit belegen. Einige Tage vor der Verhandlung wurde nachweislich fleißig aufgeräumt. In Bezug auf das Personal ist das falsch aufgefaßt worden. Sie wollte den Christian Jaufenthaler in Schutz nehmen. Eine Diskussion folgt und verschiedene Ansichten werden besprochen. Man wird Frau Susanne Singer bei nächster Gelegenheit direkt damit konfrontieren.

- Barbara Singer, Ankauf einer Teilfläche im Rauschgraben. Sie und Ihre Eltern haben die Fläche der GGAG Mutters seit Jahrzehnten gepflegt und darauf geschaut. Sie wäre bereit € 300,00 pro m² zu bezahlen. Der Gemeinderat war in der Juni-Sitzung der Meinung, dass man € 340,00 verlangen muss.

DI Michael Saischek, MSc: Im Gemeinderat wurden € 340,00 beschlossen, somit sollte man seiner Meinung nach hier keinen Zuschlag erteilen.

Maria Stern, MSc: Sie ist auch der Meinung, dass man bei den im Gemeinderat beschlossenen € 340,00 bleiben sollte.

Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber: Er erklärt sich für befangen.

Antrag: Der Bürgermeister stellt den Antrag, bei den im Gemeinderat vereinbarten € 340,00 zu bleiben und lässt den Gemeinderat darüber abstimmen.

BESCHLUSSFASSUNG:

14 JA

Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber erklärt sich für befangen.

- Der Bürgermeister hat DI Michael Haller beauftragt, die Planung zur Errichtung einer Haltestelle für den öffentlichen Verkehr im Gewerbepark zu machen. Durch den Neubau Niederwieser ist diese Notwendigkeit unumgänglich.
- Für Rosalie Altendorfer muss es Adaptierungsarbeiten im Bereich des Kindergartens geben. Durch ihre Behinderung sind spezielle Erfordernisse zu berücksichtigen. Die Variante mit Einbau eines Liftes zwischen Bürgersaal und ersten Stock würde ca. € 200.000,00 kosten. Alternativ hat DI Raimund Rainer nun eine Lösung zwischen Eingang Schützenlokal und ersten Stock in einem Treppenplattformlift gefunden. Die Gesamtkosten für den Lift und die baulichen Maßnahmen liegen bei ca. € 30.000,00. Die Bestellung muss zeitnah erfolgen, zumal eine lange Lieferzeit besteht. Bereits morgen kommt die Lieferfirma, um die Daten aufzunehmen. Der Gemeinderat spricht sich für diese Vorgangsweise aus.
- Verpflegung der Kinder: Ab. 1. September durch das Altenwohn- und Pflegeheim Natters. Es wurde ein neues Gerät angeschafft, man ist bis dato sehr zufrieden.
- Corona-Vorschriften in den Kinderbetreuungseinrichtungen: Die Vorgaben werden umgesetzt. Vom Land Tirol kommt viel Information.

TOP 17) Anträge, Anfragen und Allfälliges;

Mag. Robert Schmutzer:

Eine Veranstaltung vom Klimaschutzteam wurde abgesagt. Näheres folgt von Claudia Hackhofer.

Sabine Jäger:

Der Kulturausschuss hat das Herbstprogramm aufgrund von Corona abgesagt (Markus Linder und Mutterer Markttag). Sie überlegt sich eine andere Variante der Produktvermarktung bzw. des Verkaufes. Die Präsentation des neuen Buches wird nicht abgesagt, wo diese stattfindet ist noch nicht klar. Sie hofft, dass das Neujahrskonzert stattfinden kann. Die Seniorenfahrten werden von ihr organisiert. Vielleicht gibt es einen freiwilligen Helfer, der bei den Fahrten behilflich sein kann (Hilfe bei Gehbehinderung etc.). Aufnahme in die Gemeindenachrichten bzw. in die Gemeindezeitung.

Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber:

Grundkauf „Holer-Lies“: Hier sollte man seitens der Gemeinde bzw. des Gemeinderates noch etwas unternehmen. „Verkürzung über die Hälfte des wahren Wertes.“ Man müsste prüfen lassen, ob man vom Vertrag zurücktreten kann, aufgrund des tatsächlichen Wertes des Grundes. Das wurde lt. Bürgermeister Hansjörg Peer bereits gemacht. Es fehlt aber noch die Entscheidung, ob das Gebäude definitiv unter Denkmalschutz gestellt wird. Ein Jurist ist bereits damit konfrontiert.

Gebhard Muigg:

Findet eine Erstkommunion statt? Ja, lt. Bürgermeister Hansjörg Peer - und zwar in zwei Tranchen. Für den Almatrieb wurde ein eigener Verein gegründet.

Elisabeth Kunwald:

Bagger: Der Weg in Raitis zwischen neuer und alter Bahnbrücke sollte hergerichtet werden.

Schulbus: Es gibt Proteste der Eltern. Viele waren schon beim Bürgermeister. Er erläutert die Problematik. Ein Gespräch mit der Fa. Payr folgt am Mittwoch, 16.09.2020. Er wird im Gemeinderat darüber berichten. Maria Stern, MSc. macht den Vorschlag, die Routen in Unterberg und Gärberbach neu zu planen, somit könnte man das Problem eventuell eingrenzen.

Fridays for Future-Veranstaltung: Findet am kommenden Freitag statt. Beim Ortsschild M-Preis.

Kindergartenbus aus Kreith/Raitis: Sie spricht die Installation eines Busses aus Kreith/Riedbach und Raitis an. Der Bürgermeister verweist auf die damit verbundene Problematik und die Kosten.

Claudia Hackhofer:

Das Patrozinium in Gärberbach wurde wegen Corona abgesagt.

DI Michael Saischek, MSc:

Kindergarten: Er war bei der Startveranstaltung dabei und lobt die Arbeit im Kindergarten. Es gibt Beträge, welche am Anfang des Kindergartenjahres eingesammelt (für Veranstaltungen etc.).

Außerdem wird auch eine Entwicklungsdokumentation der Kinder (Mappe) gemacht. Alles in allem werden € 45,00 pro Kind eingesammelt. Er schlägt vor, diese Kosten zu übernehmen. 77 Kinder à € 50,00 ergibt ca. € 4.000,00 pro Jahr. Er selbst würde diese Kosten gerne zahlen und somit wird er € 100,00 einzahlen.

Man wird das im Budget verankern lt. Bürgermeister Hansjörg Peer und zu gegebener Zeit im Gemeinderat besprechen. Elisabeth Kunwald sagt, „was nichts kostet, ist nichts wert“.

Antrag von DI Michael Saischek, MSc: Die Gemeinde sollte den ungefähren Betrag in Höhe von € 4.000,00 einmal jährlich übernehmen, um den organisatorischen Auftrag zu reduzieren.

Abstimmung: 13 JA

2 NEIN (Prof. MMag. Dr. Klaus Hilber, Elisabeth Kunwald)